

## **Antrag**

**des Abg. Ansgar Mayr u. a. CDU**

### **Baden-Württemberg und die Erweiterung der Europäischen Union**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Auswirkungen der aktuelle Stand und die weiteren Perspektiven der Beitrittsverfahren der Ukraine, der Republik Moldau sowie der Staaten des westlichen Balkans nach Einschätzung der Landesregierung auf die Zuständigkeitsbereiche und Interessen Baden-Württembergs haben und wie sich die Landesregierung darauf vorbereitet;
2. welche Folgen eine Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten für die finanzpolitischen Interessen Baden-Württembergs erwarten lässt;
3. welche Auswirkungen die Landesregierung insbesondere auf die Gemeinsame Agrarpolitik, die europäische Kohäsionspolitik sowie die Forschungs-, Innovations- und Strukturförderung für Baden-Württemberg erwartet;
4. welche zusätzlichen Aufgaben für Landesbehörden und Kommunen in Baden-Württemberg im Bereich des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems durch eine Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten entstehen könnten und ob die Landesregierung hierzu bereits Vorbereitungen getroffen hat;
5. wie die Landesregierung sicherstellen will, dass Baden-Württemberg und seine Regionen auch nach einer Erweiterung angemessen an europäischen Förderprogrammen beteiligt werden;
6. welche wirtschaftlichen Chancen sich durch eine Erweiterung des Binnenmarkts für Unternehmen aus Baden-Württemberg ergeben, insbesondere in den Bereichen Automobilwirtschaft, Maschinenbau, Energie, Umwelttechnik, Digitalisierung, Medizintechnik und Verteidigungswirtschaft;
7. welche wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen für Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg mit einer Erweiterung verbunden sein könnten, insbesondere hinsichtlich Wettbewerbsbedingungen, Lieferketten, Fachkräftegewinnung und der Einhaltung europäischer Standards;
8. in welchem Umfang Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus Baden-Württemberg bereits mit Partnern in den Beitrittskandidaten zusammenarbeiten;
9. welche bestehenden Partnerschaften und Kooperationsprojekte Baden-Württembergs mit den Staaten des westlichen Balkans, der Ukraine und der Republik Moldau nach Auffassung der Landesregierung vertieft oder ausgebaut werden sollten;
10. wie die Landesregierung die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine auf Baden-Württemberg bewertet;
11. welche Vorbereitungen innerhalb der Landesverwaltung getroffen werden, um die Auswirkungen einer möglichen Erweiterung auf die Zuständigkeitsbereiche des Landes frühzeitig zu analysieren und die Interessen Baden-Württembergs auf Bundes- und europäischer Ebene einzubringen.

28.8.2026

Mayr, Gunzelmann, Hauk, Herzog, Dr. Rapp, Dr. Schütte CDU

### Begründung

Die laufenden Beitrittsverfahren der Ukraine, der Republik Moldau und der Staaten des Westlichen Balkans können erhebliche Auswirkungen auf Baden-Württemberg haben. Dies betrifft insbesondere den EU-Haushalt, die europäischen Förderprogramme, die Gemeinsame Agrar- und Kohäsionspolitik sowie mögliche zusätzliche Aufgaben für Landesbehörden und Kommunen.

Eine Erweiterung des Binnenmarkts eröffnet baden-württembergischen Unternehmen neue Absatz- und Kooperationsmöglichkeiten, kann aber zugleich den Wettbewerb und die Lieferketten verändern. Bestehende wirtschaftliche, wissenschaftliche und kommunale Partnerschaften mit den Beitrittskandidaten sollten daher gezielt weiterentwickelt werden.

Der Antrag soll klären, welche Chancen und Herausforderungen sich für Baden-Württemberg ergeben und wie sich die Landesregierung auf eine mögliche Erweiterung vorbereitet.